

Ypern-Kaserne – Linke zur Flüchtlingsunterbringung

Neubau statt Sanierung?

REUTLINGEN. Gleich zwei Anträge der beiden Linken-Räte im Reutlinger Stadtparlament beschäftigen sich mit der Integration von Flüchtlingen. Zum einen geht es Jessica Tatti und Thomas Ziegler um die sogenannte Anschlussunterbringung in der Ypern-Kaserne und Überlegungen der Stadtverwaltung, in den dort zurzeit leer stehenden Gebäuden Flüchtlinge unterzubringen. Die Linken beantragen, als Alternative den Sanierungskosten eine Vergleichsberechnung für den Abriss jener Gebäude gegenüberzustellen – einschließlich einer Neubebauung »für individuelle Wohnformen«.

Dabei solle geprüft werden, so Tatti und Ziegler in einer Pressemitteilung, »wie sich bei Abriss und Neubau eine Versorgung mit individuellem Wohnraum auswirken würde«. Es gehe ihnen nicht nur um die finanzielle, sondern auch »um die soziale und gesellschaftliche Sinnhaftigkeit für eine künftige Überplanung dieses Areals«.

Gegen Ballung und Isolation

Bei einem Vor-Ort-Termin mit Finanzminister Dr. Nils Schmid am 1. September hatte Reutlingens Finanzbürgermeister Alexander Kreher gesagt, es werde etwa 6,5 bis 7,5 Millionen Euro kosten, die Häuser zu »ertüchtigen«, die seit dem Abzug der französischen Streitkräfte 1992 leer stehen.

Das Ypern-Gelände verfügt nach Ansicht der Linken über das Potenzial, als ein durchmischtes Wohngebiet entwickelt zu werden. »Drohende Planungen als ein Quartier der Ballung und Isolation von Flüchtlingen lehnen wir ab«, heißt es im Presstext: »Durch die hohe Anzahl an Übergriffen auf Flüchtlingsheime wird deutlich, dass große Unterkünfte ein Gefahrenpotenzial für die physische Unversehrtheit von geflüchteten Menschen darstellen.« Deshalb sei bei den weiteren Planungen auf durchmischte Wohnformen sowohl im Wohnquartier als auch in den Gebäuden selbst zu achten.

Konzept für freies W-Lan

Per separatem Schreiben an Oberbürgermeisterin Barbara Bosch beantragen die Linken-Räte, dass die Stadtverwaltung dem Gemeinderat »ein Konzept für ein gebührenfreies W-Lan-Netz für die Unterkünfte von Flüchtlingen vorstellen« möge. Einrichtungen für Wohnsitzlose und das Frauenhaus sollen dabei einbezogen werden.

Das Internet sei eine unverzichtbare Institution für den Spracherwerb, das Zurechtfinden in der Stadt, die Wohnungs- und Jobsuche, die Vorbereitung für Behördengänge und nicht zuletzt für soziale Kontakte, meinen Jessica Tatti und Thomas Ziegler. Die Internetnutzung dürfe daher nicht an finanziellen Möglichkeiten scheitern oder zu finanziellen Notlagen führen. (pr/GEA)